

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2011*



PAR
LAM
ENT
SM
AIL

Liebe FreundInnen!

Wie immer erhaltet Ihr von mir die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament. Themen in der Nationalratssitzung vom 01. März waren unter anderem die Reformschritte für eine gemeinsame Obsorge, die politische Lage in Nordafrika und die Studiensituation an unseren Universitäten.

Neben einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse des Sitzungstages und einem Überblick über meine im Februar ausgeschickten Pressemitteilungen findet Ihr in dieser Ausgabe auch meinen Redebeitrag zur politischen Lage in Nordafrika und ein kurzes Resümee meines Indienbesuches mit der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Dienstag, dem 1. März, trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem der Beschluss der neuen Studieneingangsphase an den Universitäten und die Novellen des Seilbahngesetzes und des Wasserrechtsgesetzes. Ebenfalls behandelt wurden drei Rechnungshofberichte.

Die Sitzung am Dienstag startete mit einer **Aktuellen Stunde** der ÖVP zum Thema **gemeinsame Obsorge** für Kinder. SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier sprach sich dabei für maßgeschneiderte Lösungen im Sinne von Müttern, Vätern und vor allem der Kinder aus und gegen eine automatische gemeinsame Obsorge. Die SPÖ steht für ein modernes Familienrecht. Wir brauchen gute und gerechte Lösungen, die den Bedürfnissen der Eltern entgegenkommen und die auch die berechtigten Ansprüche der Kinder berücksichtigen.

Danach folgte eine **Erklärung** von Außenminister Spindelegger über die **Bilanz der österreichischen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat**. In dieser außenpolitischen Debatte wurde vor allem auch die aktuelle Situation in Nordafrika thematisiert. SPÖ-Klubobmann Josef Cap plädierte dafür, die Entwicklungen in Nordafrika als Chance zu sehen, als Chance auf eine demokratische, aber auch wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Darüber hinaus sprach er sich vehement gegen einen Militäreinsatz in Libyen aus. Ebenfalls einstimmig beschlossen wurde ein Appell an die Regierung in Teheran, die Oppositionsführer Mir Hossein Moussavi und Mehdi Karroubi wieder auf freien Fuß zu setzen. Am Nachmittag folgte ein **Dringlicher Antrag** der Grünen zum **EURATOM-Ausstieg**, der keine Mehrheit fand.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Dienstag, 01.03.11

Bessere Planbarkeit für Universitäten und mehr Information für Studierende – Novelle Universitätsgesetz 2002 ([1079 d.B.](#))

Die Novelle des Universitätsgesetzes bringt **bessere Planbarkeit und mehr Information** für Studierende. Im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf hat die SPÖ **viele Verbesserungen für Studierende** erreicht. Die Novelle stellt sicher, dass Studierende weiterhin ihr **Wunschstudium** beginnen können. Sie löst jedoch nicht

alle Probleme der Universitäten. Generell benötigt der Hochschulsektor **mehr öffentliche Mittel und ein Offensivprogramm**, um höhere Bildung für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen.

Durch die Novelle erhalten Studierende eine **bessere Grundlage für die Studienauswahl**. Bereits vor dem Studium müssen sie eine **verpflichtende Studienberatung** in Anspruch nehmen. Für die Universitäten wurde durch die Einführung einer **Voranmeldung zum Studium** die Planbarkeit verbessert. Künftige Studierende müssen sich bis 31. August (Wintersemester) bzw. bis 31. Jänner (Sommersemester) für ein gewähltes Studium anmelden. Die Voranmeldung stellt sicher, dass sich Universitäten rechtzeitig auf die Nachfrage einstellen und ihr Angebot dementsprechend anpassen können.

Die in der Novelle neugestaltete **Studieneingangsphase** bringt insgesamt mehr Verbindlichkeit. Innerhalb eines Semesters soll den Studierenden ein **Überblick über wesentliche Inhalte des Studiums** gegeben werden. Die Studieneingangsphase soll den Studierenden weiterhin zu Klärung dienen, ob die Entscheidung für ein gewähltes Studium die richtige war. Sie ist ein Teil des Studiums und besteht aus mehreren Prüfungen. Im Anschluss ist sichergestellt, dass alle, die die Studieneingangsphase positiv absolviert haben, weiterstudieren können.

Der Vergleich zu anderen OECD-Staaten zeigt, dass **Österreich** nicht nur eine **unterdurchschnittliche AbsolventInnenquote**, sondern auch eine vergleichsweise **geringe Zahl von StudienanfängerInnen** hat. Die Novelle stellt sicher, dass Studierende besser informiert werden und es zu keiner Reduktion der Studienplätze kommt. Bewusst ist auch eine **Befristung und Evaluierung** der Regelung vorgesehen, um in der Folge die Auswirkungen diskutieren zu können.

Weitere Beschlüsse in Kürze

Änderung des Seilbahngesetzes bringt Verbesserungen für Angestellte und Betreiber [\(1038 d.B.\)](#)

Mit dieser Novelle zum Seilbahngesetz werden der ArbeitnehmerInnenschutz in die Sicherheitsanalysen von Seilbahnen-Anlagen aufgenommen, Kompetenzen der zuständigen Behörden klargestellt und Verordnungen für Sicherheitsanalysen gesetzlich geregelt. Für die 14.000 Angestellten in der Seilbahnbranche in Österreich bringen die Änderungen des Seilbahngesetzes eindeutige Verbesserungen im ArbeitnehmerInnenschutz. Außerdem bringt das Gesetz wesentliche Verwaltungsvereinfachungen. Die österreichischen Seilbahnen sind mit 600 Millionen Passagieren im Jahr ein „echtes Massentransportmittel“. Die über 3.000 Seilbahnen sind damit ein wichtiger Arbeitgeber.

Änderung des Wasserrechtsgesetzes bringt Verbesserung bei Fischökologie [\(1082 d.B.\)](#)

Aufgrund einer EU-Richtlinie war die Änderung des Wasserrechtsgesetzes ein notwendiger Schritt. Grundsätzlich werden die Änderungen seitens der SPÖ begrüßt, da eine gute Basis für einen besseren und planbareren Hochwasserschutz und eine Verbesserung für die Fischökologie geschaffen wird. Vor allem die darin enthaltenen verpflichtenden Fischaufstiegshilfen, die im Rahmen der Fischwanderung die Möglichkeit geben, Hindernisse wie Stauwehre zu überwinden, sind eine eindeutige Verbesserung, zumal diese Fischaufstiegshilfen auf ihre Sinnhaftigkeit und Funktionsfähigkeit künftig besser kontrolliert werden. Bei der Frist für die Wasserentnahme für Bewässerungszwecke in der Landwirtschaft konnte ein Kompromiss mit der ÖVP gefunden werden, sie wurde nach zähen Verhandlungen auf 12 Jahre festgelegt.

Altlastensanierungsgesetz neu [\(1085 d.B.\)](#)

Mit der Änderung des Altlastensanierungsgesetzes wurde beschlossen, dass die Verwendung von Schlacken aus der Eisen- und Stahlindustrie in der Bauwirtschaft und die Entsorgung von Abbruchsabfällen bei Neubauten in Ortskernen vom Altlastensanierungsbeitrag befreit werden.

Der **Sammelbericht** des Ausschusses für **Petitionen und Bürgerinitiativen** [\(1046 d.B.\)](#) wurde vom Nationalrat zur Kenntnis genommen.

Ebenfalls vom Nationalrat abgesegnet wurde das **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Regierung der Republik Serbien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit** [\(1080 d.B.\)](#).

Behandelte Berichte

Rechnungshof – Allgemeiner Einkommensbericht 2008 und 2009 [\(III-189/1065 d.B.\)](#)

Der Allgemeine Einkommensbericht wird alle zwei Jahre vom Rechnungshof in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria vorgelegt und zeigt die Entwicklung aller Einkommen der ÖsterreicherInnen. Einige Schlaglichter: Insgesamt gab es im Jahr 2009 3.990.888 unselbständig Erwerbstätige. Das sind im Vergleich zu 2008 um 0,21 Prozent weniger. Das mittlere Einkommen der Frauen (inkl. Lehrlinge) betrug 2009 60 Prozent des mittleren Männereinkommens. Im privaten Bereich bekamen weibliche Angestellte 50 Prozent, Arbeiterinnen gar nur 44 Prozent der mittleren Männerverdienste. 2009 gab es rund 3.074.200 ganzjährig erwerbstätige Personen (ohne Lehrlinge), von diesen waren 735.800 (oder 24 Prozent) in Teilzeit d.h. weniger als 36 Stunden pro Woche. Die meisten Teilzeitbeschäftigten gibt es bei Angestellten, gefolgt von ArbeiterInnen. 87 Prozent aller ganzjährig

Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. 44 Prozent aller erwerbstätigen Frauen befinden sich in einem Teilzeit- Arbeitsverhältnis.

Tätigkeits- und Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2010/14 ([III-196/1066 d.B.](#))

Der Tätigkeits- und Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes besteht aus vier Teilbereichen: Peer Review Abschlussbericht, Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Nachfrageverfahren 2009, Internationales. Bei der Peer Review wurde der Österreichische Rechnungshof im Jahr 2010 selbst einer Prüfung durch drei europäische staatliche Kontrollinstanzen unterzogen, die auch konkrete Verbesserungsvorschläge formulierten.

Rechnungshof – EU-Finanzbericht und Nachhaltige Entwicklung in Österreich, Reihe Bund 2010/12 ([III-187/1067 d.B.](#))

Der EU-Finanzbericht 2009 zeigt Mängel bei der Inanspruchnahme von bestimmten EU-Mitteln auf. Während die Förderungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes im Zeitraum von 2007 bis 2008 zu 100 Prozent genützt werden konnten, war dies bei den Strukturprogrammen (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Europäischer Sozialfonds) nicht der Fall. Von geplanten 129 Mio Euro wurden nur 36 Mio Euro abgerufen. Österreich erhielt im Jahr 2008 1,7 Milliarden Euro an EU-Mitteln. Von diesem Betrag lukrierte allein der Agrarsektor 70 Prozent. Der Nettobeitrag Österreichs an die EU hat sich im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verringert (von 563,7 Mio Euro im Jahr 2007 auf 356 Mio Euro 2008). Österreich lag damit an der neunten Stelle von insgesamt zwölf EU-Nettozahlern. Darüber hinaus prüfte der Rechnungshof die diversen Programme für nachhaltige Entwicklung in Österreich und vor allem in den neun Bundesländern.

Parlamentsrede vom 01.03.2011

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Herr Bucher und Herr Westenthaler, die sonderlichen Verwicklungen Ihrer Partei und auch der FPÖ oder wie immer Sie sich da nennen mit dem Gadaffi-Clan werden sicherlich noch genau untersucht werden. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe beim BZÖ.)*

Zunächst ein paar Worte zu Österreich und zum UNO-Sicherheitsrat ... *(Abg. Ing. Westenthaler: Internationaler Terrorismus!)* Wenn man als nichtständiges Mitglied und kleines Land im Sicherheitsrat Dinge positiv voranbringen möchte, dann benötigt man viel Geschick, viel Verhandlungsgeschick, große Ausdauer und eine überzeugende Agenda. Die durchaus positive Bilanz – wie das auch schon erwähnt

wurde – nach zwei Jahren zeigt, dass Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Zivilbevölkerung, Stärkung der Rolle der Frau und internationale Abrüstung richtig gewählt waren und letztendlich konsequent verfolgt wurden.

Das ist jedoch kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen, es ist eher ein Auftrag, sich durch eine aktive und engagierte Außenpolitik weiterhin für die Menschenrechte und für den Schutz der Zivilbevölkerung einzusetzen. Gerade die Ereignisse in Nordafrika und auf der Arabischen Halbinsel zeigen ja, wie notwendig das ist.

Ich denke, wir sind alle tief betroffen – das hat sich hier auch gezeigt – von den blutigen Ereignissen, die sich in Libyen abspielen. Anders als in Tunesien und in Ägypten hat sich das herrschende Regime dazu entschlossen, Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu führen. Ich begrüße daher ausdrücklich den Beschluss der UNO, Sanktionen gegen Libyen durchzuführen und den Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit den Verbrechen an der Bevölkerung zu befassen. Ich erwarte mir auch einen Ausschluss aus dem UNO-Menschenrechtsrat, wie Sie gesagt haben, Herr Minister, vielleicht geschieht das ja heute.

Endlich hat gestern auch die EU ihre Sprache wiedergefunden - nach einem zu langen Schweigen - und einstimmig Sanktionen gegen Libyen verhängt. Nun gilt es, diese möglichst schnell durchzuführen und Maßnahmen für die gesamte Region aus humanitären Gründen, aber auch aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen zu überlegen, denn es muss uns allen bewusst sein, dass die Zeit nach einer Revolution äußerst schwierig und auch äußerst fragil ist. Daher muss ohne Verzögerung eine Strategie zur Unterstützung der Region erarbeitet werden.

Einen weiteren Punkt möchte ich hier ansprechen, weil er mir auch sehr wichtig erscheint. Die Proteste in den arabischen Staaten wurden und werden von Frauen und Männern gleichermaßen getragen und unterstützt. Frauen wie Männer haben ihr Leben, ihre Gesundheit, ihr Wohlergehen aufs Spiel gesetzt, um notwendige Reformen in ihren Ländern einzufordern. Ich möchte diesen Menschen meine Bewunderung für ihren Mut und für ihre Entschlossenheit ausdrücken, die Geschicke ihrer Länder auf eine demokratische Basis zu stellen.

Dennoch gibt es einen wunden Punkt, nämlich das Risiko, dass den Frauen in der Region am Ende das Recht auf politische Teilhabe vorenthalten wird, ihre Kompetenzen nicht genutzt werden, sich für sie insgesamt nichts oder nur wenig verbessert und somit die jeweilige Gesellschaft in vordemokratischen Strukturen gefesselt bleibt. Es besteht also die Gefahr, meine Damen und Herren, dass am Ende des Tages, wenn sich der Wirbel des Protestes wieder gelegt hat, die Frauen und somit die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor von den politischen Entscheidungsfindungen ausgeschlossen bleiben.

Ein aktuelles Beispiel dafür finden wir zurzeit in Ägypten. Die Frauen haben in der Revolution mehr als ihren Mann gestellt, sie waren an vorderster Front mit dabei, sie

waren sogar Mitinitiatorinnen der Revolution. Und nun wurde in die verfassungsgebende Versammlung Ägyptens, die in den vergangenen Wochen ihre Arbeit aufgenommen hat, nicht eine einzige Frau berufen. In einer Demokratie, meine Damen und Herren, müssen Frauen und Männer die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben, die Geschicke von Staat und Gesellschaft mitzugestalten, und zwar von Anfang an und zum Wohle des Landes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dieses Fenster der Möglichkeiten ist meist nur ganz kurz offen, bevor sich die Strukturen wieder verfestigen oder sogar erhärten. Daher mein Appell an Sie, Herr Außenminister: Achten Sie, bitte, dringend darauf und nehmen Sie *jede* Einflussmöglichkeit wahr, dass die Gleichberechtigung der Frauen im politischen Reformprozess der betroffenen Staaten berücksichtigt wird und dass die Mitwirkungsrechte der Frauen ein Kriterium für Kooperationen und Hilfeleistungen in der EU sind! In diesem Sinne könnte Österreich auch anschließen an die Arbeit im Sicherheitsrat und sich weiterhin für Menschenrechte und in diesem Fall besonders für Frauenrechte engagieren. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Nationalrat - Muttonen zu Libyen: Unterstützungsstrategie "ohne Verzögerung" erarbeiten](#) 01.03.2011

[Muttonen: Ägyptens Frauen dürfen nicht aus der Verfassungsgebung ausgeschlossen werden](#) 18.02.2011

[Muttonen zu Iran: Zuhören, nicht zuschlagen](#) 18.02.2011

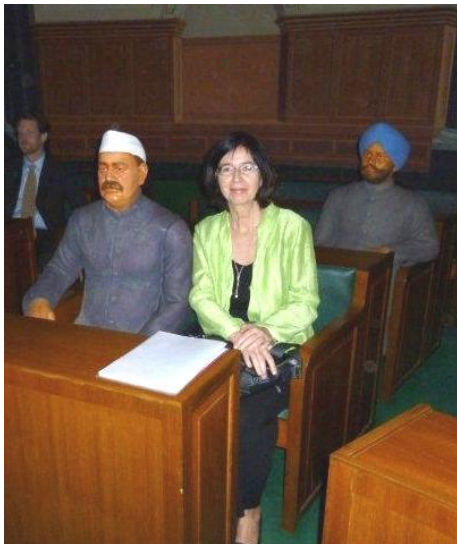
[Stärkung des Binnenmarkts als Wachstumsmotor nach der Krise EU-Unterausschuss diskutiert EU-Pläne zu Binnenmarkt und Kohäsion](#) 16.02.2011

[Muttonen: Erneuerung des EU-Binnenmarktkonzeptes unerlässlich](#) 15.02.2011

[Wunsch nach Austausch im Bildungsbereich Parlamentarierdelegation startet Arbeitsprogramm in Indien](#) 07.02.2011

Delegationsreise nach Indien

Liebe Leserinnen und Leser,



in der Woche vom 05. bis 12. Februar 2011 habe ich unsere Parlamentspräsidentin Barbara Prammer auf einer Reise nach Indien begleitet. Wir haben auf dieser Reise neben der Hauptstadt Delhi auch die ostindische Hafenstadt Chennai (das frühere Madras) und das zentral gelegene Hyderabad besucht und die Gelegenheit wahrgenommen viele interessante Gespräche mit nationalen und lokalen Politikern sowie indischen und österreichischen Wirtschaftsvertretern zu führen. Der politische Höhepunkte war dabei sicherlich das Treffen mit Staatspräsidentin Patil und Parlamentspräsidentin Kumar.

Überwältigt hat mich auf dieser Reise insbesondere die schiere Vielfalt an Sprachen, Religionen und Kulturen, die in Indien vorherrschen und dort in einen friedlichen Einklang gebracht werden müssen. Die Inder haben daher für ihr Land das Motto "Unity in diversity" (Einheit in der Vielfalt) geschaffen, nachdem sie sowohl in sprachlicher, religiöser und kultureller Hinsicht zu leben versuchen.

Auch die ungeheure wirtschaftliche Dynamik, die überall zu beobachten ist sowie die gute Positionierung Indiens in den Bereichen modernster Spitzentechnologien und die immensen Anstrengungen, die im Bildungswesen vorstangehen, haben mich sehr beeindruckt und mir viele Ideen und Anregungen gegeben, wie und wo sich hier für Österreich gute Chancen für eine engere Zusammenarbeit auftun.

Insgesamt habe ich den Eindruck gewonnen, dass beide Seiten von einem verstärkten interkulturellen Dialog und einer intensiveren Vernetzung unserer Unternehmen und Bildungseinrichtungen profitieren könnten.

Beispielsweise kann ich mir sehr gut eine verstärkte Kooperation im Bildungsbereich, auf dem HTL-Sektor und zwischen den Fachhochschulen und Universitäten, vorstellen. Ich denke, dass die kulturellen Unterschiede zwischen Indien und Österreich eine Hilfe sein können, die jeweiligen Blickfelder zu erweitern, woraus sich wiederum Neues entwickeln kann. Auch für die Kreativwirtschaft tun sich hier Chancen auf, die teilweise schon genutzt werden, aber noch viel zu wenig. Wie wir etwa in einem Unternehmen in Chennai beobachten konnten, gibt es etwa in der Textilindustrie im Bereich des Stoffdesigns oder bei neuen Webtechnologien

spannende Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Auch in der sehr starken indischen Filmbranche gäbe es für die österreichische Kreativwirtschaft sicherlich gute Möglichkeiten zur Zusammenarbeit.

Natürlich habe ich die Reise auch genutzt, um mich über die Situation der indischen Frauen zu informieren. Die indische Gesellschaft ist leider noch immer sehr stark von alltäglicher Gewalt gegen Frauen geprägt. Hier gibt es sicherlich noch vieles was verändert und verbessert werden muss. Positiv überrascht war ich jedoch davon, dass Indien auf kommunaler Ebene für die Parlamente eine Frauenquote von 30 Prozent eingeführt hat. Eine entsprechende Quote auf nationaler Ebene liegt dem indischen Parlament zurzeit vor.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Doktor-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien